

<h1>BDH- Bildungs-Info 01/2003</h1> <p>Januar 2003</p>	<p>Wilfried Malcher Am Weidendamm 1 A 10117 Berlin Telefon: 030/726250-41 Telefax: 030/726250-49</p> <p><a href="http://www.einzelhandel.de">http://www.einzelhandel.de</a> e-mail: <a href="mailto:WMalcher.hde@einzelhandel.de">WMalcher.hde@einzelhandel.de</a></p>
<p><b>Ausbildungsplätze</b></p> <p>Bildung Beruf Prüfung      Diplom Karriere</p> <p>Training Förderung Weiterbildung BIBB, AFBG, BBIG, HWO, KWB, BMBF, KMK, BLK, EU</p> <p><b>Personalentwicklung</b> Ausbilder Human Resources Neue Berufe</p> <p>Hochschulen Schulen Ausbildungsordnungen Literatur</p>	<p><b>Der Inhalt:</b> <span style="float: right;"><b>Seite</b></span></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ausbildungsmarkt `02 – Ergebnisse, Meinungen ..... 2</li> <li>2. Nach PISA: Kleinstateerei verhindern! ..... 3</li> <li>3. Weiterbildungsförderung nach SGB III: Neuerungen kommen..... 4</li> <li>4. EU setzt ehrgeizige Ziele..... 5</li> <li>5. Bayern will Berufsschule aufwerten..... 6</li> <li>6. Betriebliche Weiterbildung: Kurs gehalten..... 7</li> <li>7. BMBF: Der Zukunft Gestalt geben ..... 8</li> <li>8. zbb: Multimediale Lernprogramme aktuell ..... 8</li> <li>9. Kleine BBiG-Novelle in Kraft ..... 9</li> <li>10. Professionelles E-Recruiting..... 10</li> <li>11. Fremdsprachen in der Berufsbildung im Aufwind..... 10</li> <li>12. Mitbestimmung bei Bildungsurlaub..... 11</li> <li>13. Die Grünen: Reformjahr 2003..... 11</li> <li>14. Termine..... 12</li> </ol> <p style="text-align: right;">Online unter <a href="http://www.einzelhandel.de">www.einzelhandel.de</a>, Rubrik Bildung, Publikationen</p>

## 1. Ausbildungsmarkt 2002 – Ergebnisse und Meinungen

Ausbildungsplatzbilanz 2002: Rückgang der Lehrstellenverträge, Jugendliche wenden sich verstärkt höheren Bildungsabschlüssen zu. Dies ist kurz gefasst das Fazit der Ausbildungsbilanz des Jahres 2002, aus der Sicht des BMBF.

Nach der Ausbildungsplatzbilanz 2002 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) ist die Zahl der Lehrstellenverträge deutlich gesunken. Bis zum Ende der regulären Vermittlung am 30. September wurden bundesweit 570.568 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen und damit 43.284 Verträge oder 7,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Bundesbildungsministerin Bulmahn rief die Betriebe zu verstärkten Anstrengungen auf: "Die Wirtschaft muss zu ihrer Ausbildungsplatzzusage an die jungen Menschen stehen."

Die Nachvermittlung der Arbeitsämter verlaufe erfreulich, sagte Bulmahn weiter. Bis Ende November konnte demnach in Westdeutschland die Zahl der unvermittelten Bewerberinnen und Bewerber um 4.324 auf 8.856 reduziert werden. In Ostdeutschland sank die Zahl dank der gemeinsamen Anstrengungen um 4.418 auf 5.785. Bulmahn verwies zudem darauf, dass viele junge Menschen inzwischen eine weiterführende Schule besuchen oder ein Studium aufnehmen, was durch die Reform des BaföG erleichtert worden sei.

Der aktuelle Rückgang bei den Ausbildungsverträgen ist nach den Daten des BiBB vor allem auf die schwierige konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen. Betriebe investieren zurückhaltender in Ausbildung. In den alten Ländern ging die Anzahl der neuen Verträge um 33.974 oder 7,1 Prozent auf 446.167 zurück. In den neuen Ländern sank sie um 9.310 oder 7 Prozent auf 124.401. Die Zahl der öffentlich finanzierten neuen Ausbildungsverträge blieb mit rund 56.880 (2001: 56.879) nahezu gleich. Berufsspezifische Daten liegen erst in Mitte Januar 2003 vor.

In seiner Sitzung am 17. Dezember 2002 hat sich der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) mit dem Ausbildungsplatzangebot der Betriebe im Herbst 2002 befasst. Grundlagen der Erörterung wa-

ren Berichte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Bundesanstalt für Arbeit und die Statistik des Bundesinstituts für Berufsbildung zu den am 30. September neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Wir haben aus Sicht des Handels klargestellt, dass der Handel inzwischen nicht nur die größten Ausbildungsunternehmen (Edeka und Metro) stelle, sondern auch eine anhaltend hohe Ausbildungsbereitschaft aufweise. Als Problem erweise sich immer mehr, dass viele Stellen mangels geeigneter Bewerber nicht besetzt werden können. Noch viel gravierender sei aber zum einen, dass durch die schwache Verbrauchernachfrage und Umsatzentwicklung ohnehin schon reduzierten Zukunftserwartungen auf die objektive Ausbildungsfähigkeit vieler, insbesondere mittelständischer Handelsunternehmen durchschlage, und zum anderen, dass der massive Entzug von privater Nachfrage durch die Anfang 2003 anstehenden Steuer- und Abgabenerhöhungen zu rein einer politisch erzeugten weiteren Abschwächung der Ausbildungsfähigkeit des Handels führe. Die Gefahr, dass in 2003 das Ausbildungsangebot des Handels weiter sinke, sei daher sehr groß.

Danach äußerte sich der Hauptausschuss, in dem vierteljährlich Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, des Bundes und der Länder wirken, wie folgt:

„Mit großer Besorgnis beurteilt der Hauptausschuss den Rückgang um 7,1 Prozent bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Wirtschaft und Verwaltung im Vergleich zu 2001. Die Anstrengungen der Ausbildungsbetriebe und öffentlichen Arbeitgeber in wirtschaftlich schwieriger Konjunkturlage werden anerkannt. Allerdings ist die Zahl der Betriebe, die sich für die Ausbildung junger Menschen engagieren, noch zu gering. Der gravierende Rückgang betrieblicher Ausbildungsangebote gefährdet die Berufschancen vieler Jugendlicher, die Sicherung des Fachkräfte-Nachwuchses in den Unternehmen und Verwaltungen und mittelfristig auch den Bestand des Dualen Berufsbildungssystems.“

Der Hauptausschuss ruft deshalb die ausbildenden Betriebe und die öffentlichen Arbeitgeber auf, trotz der schwierigen Wirtschaftslage die Zahl ihrer Ausbildungsplätze wieder zu erhöhen. Die bisher nicht ausbildenden Be-

triebe sollten sich aus ökonomischer Verantwortung und wohl verstandener eigener Zukunftsvorsorge aktiv an der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen beteiligen.

Der Hauptausschuss erwartet von den Akteuren in der beruflichen Bildung (Bund, Ländern, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften), dass sie sich mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, gezielter finanzieller Förderung und konkreter Einwirkung auf die Unternehmen und Verwaltungen an dem vordringlichen Ziel beteiligen, die Zahl der Ausbildungsplätze im Jahr 2003 wieder deutlich zu erhöhen.“

## **2. Nach PISA: Kleinstateerei verhindern! KMK: Lehrer testen!**

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich Anfang Dezember auf der 299. Sitzung u.a. mit dem aktuellen Stand bei der Entwicklung von Qualitätsstandards in Schulen beschäftigt. Zur Sicherung der Qualität und Innovation im föderalen Wettbewerb der Länder hatte die Kultusministerkonferenz bei ihrer 298. Sitzung am 23./24. Mai die Entwicklung länderübergreifender Standards für verschiedene Bildungsabschnitte beschlossen.

Die von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Fachkommissionen, denen Vertreter von Kultusministerien, Lehrerbildungsinstituten und Schulpraxis angehören, haben ihre Arbeiten inzwischen aufgenommen. Wissenschaftler begleiten die Erarbeitung der Standards kontinuierlich beratend. Die Entwürfe aus den Fachkommissionen werden im Sommer 2003 der Fachöffentlichkeit sowie den Vertretern der beruflichen Ausbildung und der Hochschulen präsentiert. Bis zum Frühjahr 2004 sollen auf der Grundlage der Standards länderübergreifende Aufgabenpools aufgebaut und kontinuierlich weiter entwickelt werden.

Die Länder haben seit der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse mit einer Vielzahl von Maßnahmen die Weiterentwicklung der Qualität des Schulwesens in Deutschland eingeleitet. Dies geht aus einer zusammenfassenden Darstellung hervor, die jetzt auf der Homepage der Kultusministerkonferenz ([www.kultusministerkonferenz.de](http://www.kultusministerkonferenz.de)) veröffentlicht wurde.

Die Darstellung orientiert sich an den sieben Handlungsfeldern, auf die sich die Kultusministerkonferenz im Dezember 2001 verständigt hat. Mit Blick auf die differenzierten Ergebnisse von PISA-E haben die Länder unterschiedliche Schwerpunkte und Prioritäten gesetzt, um den landesspezifischen Gegebenheiten gerecht zu werden. Detaillierte Informationen der Länder zu ihren laufenden und geplanten Maßnahmen sind daher über Links auf der KMK-Seite in die Darstellung eingebunden.

Ebenfalls neu auf den Internetseiten der Kultusministerkonferenz ist ein Überblick über die nationalen und internationalen Schulleistungsstudien PISA, PIRLS/IGLU und DESI mit Links zu den beteiligten Institutionen. Auf dieser Seite finden sich alle Stellungnahmen und Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zur Teilnahme an Schulleistungsstudien und zu den Ergebnissen von PISA und PISA-E. Die zusammenfassende Darstellung zu den Maßnahmen der Länder nach PISA kann unter der Adresse <http://www.kmk.org/schul/pisa/massnahmen.pdf> heruntergeladen werden.

Unmittelbar vor der KMK-Sitzung hat der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) noch gewarnt: „Die Notwendigkeit nationaler Bildungsstandards darf nicht auf dem Altar der Länderinteressen geopfert werden“, sagte Ludwig Eckinger. Es sei mehr als irritierend, wenn nur noch von der Entwicklung von Standards zur Qualitätssicherung in Schulen die Rede ist, aber der nationale Aspekt außen vor bleibt. Es entstehe der Eindruck, dass von der KMK entgegen ihren Ankündigungen nach PISA keine länderübergreifende Diskussion mit klugen Leuten aus Wissenschaft und Schule dazu gewollt werde, so Eckinger. Stattdessen werde unter Hochdruck in den Ländern gewerkelt. „Das ist eine sehr fatale Entwicklung, die der Kleinstateerei Tür und Tor öffnet“, betont Eckinger. „Es geht nicht darum, welches Land als erstes solche Standards hervorzaubert, sondern um nationale Standards, an denen sich die Schulentwicklung ausrichtet. Wir kommen nicht weiter, wenn versucht wird, das bisherige stark selektive Schulsystem zu zementieren.“ Bildungsstandards dürften deshalb keinesfalls an Bildungsgänge gebunden werden, betont Ludwig Eckinger.

Der VBE hat dies Mitte November in einer Resolution seines Bundeshauptvorstandes bekräftigt. Es heißt darin u.a.: „Bildungsstandards sind nur dann ein Weg zur Qualitätsentwicklung, wenn neben die Leistungsfeststellung eine permanente Förderdiagnose für den einzelnen Schüler, die jeweilige Klasse und die Schulentwicklung erfolgt ... Schule hat eine umfassendere Aufgabe als Vorbereitung auf Tests messbarer kognitiver Leistungen.....Die Evaluation der Standards darf nicht zum Ranking oder zur Selektion missbraucht werden, sondern muss Hinweise zur Förderung enthalten.“ Die Resolution mahnt zudem die Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden an, „für die anspruchsvolle Aufgabe der Schulentwicklung, der Förderung des Einzelnen und der Klasse materielle, personelle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen“.

„Seit Bekanntwerden der PISA-Ergebnisse vor einem Jahr erfährt das Thema Bildung in Deutschland eine große Aufmerksamkeit“, lobt der VBE-Bundesvorsitzende, „doch sollte inzwischen der Schockzustand überstanden sein. Alle müssen sich darüber im klaren werden, dass die große gesellschaftliche Brisanz in dem direkten Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungsweg liegt. Der Auftrag heißt, Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, Bildungssackgassen nicht mehr zuzulassen.“ Aus diesem Grunde müsse der Elementarbereich als Ort frühkindlichen Lernens für alle Kinder entwickelt werden, so Eckinger. Dazu gehöre auch, dass mindestens das Vorschuljahr kostenlos angeboten werde. „Die Grundschule muss als wichtigster Schulabschnitt gestärkt werden“, so Eckinger. Weiter: „Von frühem Anfang an gilt es, ein kontinuierliches Lernen zu sichern, das die Schülerinnen und Schüler aufbaut und ermutigt, ihre Stärken zu erkennen. Jedes Kind hat einen Anspruch darauf, gefördert und gefordert zu werden.“

Die KMK hat noch mehr vor: Sie will der OECD vorschlagen, in weiteren Schulleistungsstudien auch Kompetenzen, Haltungen und Einstellungen berufserfahrener Lehrer im Rahmen eines „Lehrer-PISA“ zu testen. Denn bisher gibt es keine Untersuchung über die Auswirkungen der jeweiligen Lehr- und Lernmethoden auf den Leistungszuwachs der Schüler. Und im Frühjahr 2003 will sie den angekündigten Bildungsbericht vorlegen. Mit der

Bildungsberichterstattung wurde das Deutsche Institut für Pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt beauftragt, das externe Wissenschaftler hinzuziehen soll. Inzwischen zielt sich die KMK auch nicht mehr gegen den im Sommer 2002 vom Bundestag geforderten Sachverständigenrat; sie will nur erreichen, dass dieser auch paritätisch von Bund und Ländern besetzt wird.

### **3. Weiterbildungsförderung nach SGB III: Neuerungen kommen**

Im Zuge der Umsetzung von Vorschlägen der Hartz-Kommission wird auch die Weiterbildungsförderung nach SGB III neu gestaltet. Das Recht der Weiterbildungsförderung wird nach Einschätzung der Bundesregierung „deutlich einfacher“. Mit der Einführung von Bildungsgutscheine soll dazu beigetragen werden, Eigenverantwortung und Gestaltungsspielraum von Weiterbildungswilligen zu vergrößern und den Wettbewerb zwischen den Bildungsträgern zu stärken.

Seit dem 1.1.2003 erhalten Arbeitnehmer, bei denen das Arbeitsamt die Notwendigkeit einer Weiterbildung dem Grunde nach festgestellt hat, einen Bildungsgutschein. Damit können die Arbeitnehmer im Regelfall frei unter zugelassenen Bildungsmaßnahmen und Trägern wählen.

Im Vordergrund der Bildungsmaßnahme steht die Verbesserung der Vermittlungschancen und nicht die Verlängerung des Arbeitslosengeldanspruchs. Deshalb werden Zeiten des Bezugs von Unterhaltsgeld künftig zur Hälfte auf die Dauer eines nachfolgenden Anspruchs - bis auf einen Restanspruch von einem Monat - auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Die bislang nach Abschluss einer Fort- und Weiterbildungsmaßnahme für bis zu drei Monate gezahlte Leistung „Anschlussunterhaltsgeld“ entfällt. Ein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe bleibt jedoch unberührt. Darüber hinaus wird das Unterhaltsgeld für vormalige Bezieher von Arbeitslosenhilfe künftig auf das Leistungs-niveau der Arbeitslosenhilfe begrenzt.

Noch weitgehend offen ist das Verfahren zur Zulassung von Bildungsträgern und Bildungsmaßnahmen. BMWA und BMBF arbeiten am Entwurf einer Verordnung, in der auch die zentralen Anforderungen an Bildungsträger

und Bildungsmaßnahmen beschrieben werden. Diese sind für Träger in jedem Fall aufgrund der Neufassung des SGB III:

Eine fachkundige Stelle, die in der Regel nicht das Arbeitsamt ist, hat festgestellt,

- dass der Träger die erforderliche Leistungsfähigkeit besitzt,
- dass der Träger in der Lage ist, durch eigene Vermittlungsbemühungen die Eingliederung des Teilnehmers zu unterstützen,
- dass Aus- und Fortbildung sowie Berufserfahrung des Leiters und der Lehrkräfte eine erfolgreiche berufliche Weiterbildung erwarten lassen und – als einziges neue Kriterium –
- dass der Träger ein System zur Sicherung der Qualität anwendet.

Die Verordnung soll vermutlich noch im März 2003 in Kraft treten.

#### 4. EU setzt ehrgeizige Ziele

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat in einer Mitteilung an die Mitgliedstaaten ihre Vorschläge für ein Follow Up der Tagung des Europäischen Rates von Lissabon gezogen und „Europäische Benchmarks für die allgemeine und berufliche Bildung vorgelegt. Der Rat soll diese Benchmarks beraten und bis zum Mai 2003 annehmen, so die Kommission in ihrem Dokument KOM(2002)629 endg. (auch als Bundesratsdrucksache 870/02 vom 25.11.02 erschienen und über den Dokumentenserver von [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) als pdf-Dokument herunterladbar.

Welche Benchmarks stellt sich die Kommission vor?

- Bis 2010 sollen alle Mitgliedstaaten den Anteil der Schulabbrecher gegenüber 2000 mindestens halbieren, so dass ein EU-Durchschnitt von höchstens 10% erreicht wird. Deutschland lag 2000 auf Platz 7 mit einem Anteil von 14,9% (EU-Durchschnitt: 19,7%) verstanden als Anteil der Personen, die lediglich über eine Vorschul-/Grundschulbildung oder einen Abschluß der SEK I verfügen und keine weiterführende Schul- oder Be-

rufsausbildung durchlaufen, an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 24 Jahren.

- Bis 2010 haben die Mitgliedstaaten das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern bei den Hochschulabsolventen in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Technik halbiert und zugleich einen „allgemein bedeutenden Anstieg der Gesamtzahl der Hochschulabsolventen“ sichergestellt.
- Bis 2010 sollen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass der Anteil der 25 – 64-Jährigen, die zumindest die SEK II abgeschlossen haben, im EU-Durchschnitt wenigstens 80% erreichen. Hier ist Deutschland übrigens TOP mit einem Anteil von 83,9% im Jahre 2001 – sicher auch ein Erfolg der Ausbildungsleistungen der Unternehmen im dualen System.
- Bis 2010 ist zudem der Prozentsatz der 15-Jährigen, die im Bereich Lesekompetenz, mathematischer Grundbildung und naturwissenschaftlicher Grundbildung schlechte Leistungen erzielen, in jedem Mitgliedstaat mindestens zu halbieren. Im Bereich Lesekompetenz liegt Deutschland innerhalb der EU an viertletzter Stelle mit einem Anteil von rund 23% der 15-Jährigen, die höchstens die unterste Kompetenzstufe I auf der PISA-Skala erreicht haben.
- Bis 2010 sollen sich zudem im EU-Schnitt mindestens 15% der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter (25 bis 64-Jährige) am lebenslangen Lernen beteiligen; in keinem Land soll die Quote unter 10% liegen. Hier hat die Kommission einen sehr problematischen Vergleichswert genommen, denn sie greift auf die EG-Arbeitskräfteerhebung zurück, bei der die Weiterbildungsteilnahme in der Woche vor der Befragung erhoben wird – zudem mit eingengtem Weiterbildungsverständnis. Dementsprechend groß ist die Streuung der Quoten innerhalb der EU (1,4% bis 21,7% bei einem Durchschnittswert von 8,4%); Deutschland liegt mit 5,2% weit unten.

Soweit die Zielvorgaben, der die Kommission dann noch ein zentrales Ersuchen an die Mitgliedstaaten anschließt: Die Mitgliedstaaten

sollen weiterhin an der Erreichung des Zieles von Lissabon arbeiten, die Humankapitalinvestitionen pro Kopf jährlich erheblich zu steigern, wozu sie selbst auch transparente Benchmarks festlegen und der Kommission und dem Rat mitteilen sollen. Deutschland lag 1999 in der Rangskala „Öffentliche Ausgaben für allgemeine und berufliche Bildung in Prozent des Bruttoinlandsprodukt“ mit einem Wert von 4,7 unter dem EU-Durchschnitt von 5,0 und weit unter dem Höchstwert von 8,0, der in Dänemark festgestellt wurde.

Fazit: Deutschland muß sehr viel tun, um diese Ziele erreichen zu können. Und in den Beratungen des Rates muß es darum gehen, ob im Bereich des lebenslangen Lernens nicht passendere Benchmarks gefunden werden können, zum Beispiel auf das Jahr bezogene Beteiligungsquoten.

## 5. Bayern will Berufsschule aufwerten

Staatssekretär Freller beim Berufsbildungskongress in Passau: Berufsschule muss in der Berufsbildung aufgewertet werden - Bundesregierung am Zug

"Die Berufsschule leistet als tragende Säule der beruflichen Bildung einen entscheidenden Beitrag zur Qualifikation der jungen Menschen in Deutschland", betonte Kultusstaatssekretär Karl Freller auf dem 6. Berufsbildungskongress des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen. Der Staatssekretär forderte die Bundesregierung auf, bei der geplanten Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes der Bedeutung der Berufsschulen Rechnung zu tragen: "Die in der Berufsschule erbrachten Leistungen zählen für die Berufsabschlussprüfung überhaupt nicht. Wir kämpfen seit Jahren darum, dass das anders wird, und haben über die KMK erwirkt, dass die Voraussetzungen für eine Neuregelung geschaffen wurden. Die Bundesregierung kann jetzt zeigen, ob sie der Berufsschule als Partnerin in der dualen Berufsausbildung den Stellenwert einräumen will, der ihr in der Realität schon lange zukommt."

Aus Sicht der Bundesvereinigung Deutscher Handelsverbände (BDH) bleibt hierzu, wie bereits 2002 im Positionspapier „Bildungsinitiative Handel“ formuliert, festzuhalten, dass die Berufsschule schon seit langem als vollwertiger

Partner im dualen System anerkannt ist. Dies kommt u. a. dadurch zum Ausdruck, dass der beruflich relevante Berufsschulstoff selbstverständlich Gegenstand der Zwischen- und Abschlussprüfungen ist. Zudem sind die Berufsschullehrer sowohl an der Erstellung der Prüfungsaufgaben wie an der Durchführung der Prüfungen gleichberechtigt beteiligt. Es gibt also keinen Grund dafür, dass der Berufsschule ausgerechnet von jenen, die ihre Anliegen vertreten wollen, Minderwertigkeitsgefühle eingeredet werden.

Als vordringliche Aufgabe der nächsten Jahre stuft der bayerische Staatssekretär die Umstrukturierung der bayerischen Berufsschulen zu fachlichen Kompetenzzentren ein. Ziel der Reform sei es, die Berufsschulen einer Region so zu organisieren, dass jede Schule sich auf bestimmte Berufe oder Berufsgruppen spezialisieren könne. "Der Modernisierungsdruck, unter dem die Wirtschaft steht, kann an den Berufsschulen nicht vorbeigehen", erläuterte Freller. "In den Kompetenzzentren können wir personelle und technische Ressourcen effizient nutzen. Eine zeitgemäße Ausbildung erfordert ein differenziertes Bildungsangebot, die Lehrkräfte müssen sich fachlich spezialisieren, und teuer ausgestattete Fachräume müssen sinnvoll genutzt werden." Gleichzeitig, so versicherte Freller, wirke die Bildung von Kompetenzzentren dem Trend zur Abwanderung von Schülern in Ballungszentren entgegen und sichere die Existenz der Berufsschulen im ländlichen Raum. Die Organisationsreform solle spätestens 2008 abgeschlossen sein, damit die Schulen beim dann einsetzenden Rückgang der Schülerzahlen adäquat vorbereitet seien. Positive Impulse für die künftige Lehrerversorgung an beruflichen Schulen sind nach den Worten von Staatssekretär Freller von den in den letzten Jahren neu eingerichteten Studienangeboten zu erwarten. An den Universitäten Bamberg, Bayreuth und Erlangen-Nürnberg sowie an der TU München seien neue Studiengänge in den Fachrichtungen Gesundheit und Pflege, Metalltechnik und Wirtschaftspädagogik/Wirtschaftsinformatik eingerichtet worden, mit denen sich künftige Lehrerinnen und Lehrer für die Arbeit an beruflichen Schulen qualifizieren können. Eine gewisse Entspannung sei auch davon zu erwarten, dass der Wechsel von einer Fachhochschule in ein Lehramtsstudium erleichtert wurde.

Wie die Attraktivität der Lehrerausbildung im Referendariat erhöht werden kann, soll auch mit Hilfe des Modellversuchs AQUA (Adressatenbezogene Qualifizierung: Qualitätssicherung und Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs an beruflichen Schulen) erprobt werden. "Die Modellschulen erhalten größere Verantwortung und größere Gestaltungsfreiheit bei der Ausbildung der Nachwuchslehrkräfte", erläuterte der Staatssekretär. "Die Referendare verbringen beide Jahre an der Schule, wo sie von Personalentwicklern betreut werden. Das Engagement der Beteiligten ist bemerkenswert und lässt interessante Ergebnisse erwarten."

## 6. Betriebliche Weiterbildung: Kurs gehalten

In der beruflichen Weiterbildung leisten die Unternehmen einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Die Ergebnisse der Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung 2001 des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigen, dass die Betriebe bei ihren Weiterbildungsaktivitäten insgesamt Kurs gehalten haben. Die zentralen Kennziffern liegen nur knapp unter den Erhebungsdaten von 1998. Damit wird deutlich, welche hohe Bedeutung der beruflichen Weiterbildung auch angesichts angespannter Wirtschaftslage und erheblicher Verunsicherung bei den Unternehmen hinsichtlich der Rahmenbedingungen und künftigen Belastungen beigemessen wird.

Gleichzeitig wächst der Trend zu selbstgesteuerten, effizienten Weiterbildungsformen, arbeitsplatzbezogenem Lernen und der Einsatz neuer Medien in der Weiterbildung. So liegt der Anteil des Lernens in der Arbeitssituation einschließlich individuellem Lernen mit Medien bereits bei über 50 % des Weiterbildungsvolumens. Unverändert hoch bleibt die Beteiligung der Mitarbeiter an Weiterbildungsmaßnahmen: Auf 100 Beschäftigte entfallen für 2001 durchschnittlich 99 Teilnahmen. 2001 hat jeder Mitarbeiter im Durchschnitt 16,3 Stunden Weiterbildung absolviert, wobei der Rückgang um 6,4 Stunden vor allem auf das rückläufige Stundenvolumen bei internen Lehrveranstaltungen zurückzuführen ist. Hier ist im Hinblick auf lebenslanges Lernen ein deutlicher Trend zu kürzeren Weiterbildungs-

maßnahmen bei wachsendem informellen Lernen zu erkennen.

Für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter haben die Unternehmen 1998 in der gewerblichen Wirtschaft rd. 17 Mrd. €, in der Wirtschaft insgesamt 21 Mrd. € aufgewendet. Damit liegen die gesamtwirtschaftlichen Aufwendungen auf einem vergleichbaren Niveau wie 1998. Die betrieblichen Weiterbildungskosten je Mitarbeiter betragen 869 € (gegenüber 1.129 € im Jahr 1998). Dies ist vor allem auf den Rückgang der Dauer der Weiterbildungsmaßnahmen bei Zunahme kostengünstigerer Lernformen zurückzuführen.

Für die Zukunft erwarten die Unternehmen einen weiter zunehmenden Weiterbildungsbedarf, aber auch steigende Kosten. Deshalb wächst das Interesse der Betriebe an flexiblen, kostengünstigen und bedarfsorientierten Formen in der Weiterbildung.

Die Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung wird im Auftrag der im Kuratorium der Deutschen Wirtschaft organisierten Spitzenverbände im dreijährigen Rhythmus vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln durchgeführt.

## 7. BMBF: Der Zukunft Gestalt geben

"Bildung, Forschung, Innovation - der Zukunft Gestalt geben": Mit diesem Titel hat Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn die Leitlinien ihres Arbeitsprogramms für die Legislaturperiode vorgestellt. Die Ministerin will Bildung und Forschung stärker miteinander verknüpfen: "Wir werden Talente fördern und die Chancengleichheit verwirklichen." Dazu müsse die beste Bildung für alle erreicht und Forschungsstrukturen international wettbewerbsfähig umgebaut werden. Die Innovationen aus der Forschung sollen für Arbeitsplätze genutzt werden. Dies gelte insbesondere für die Forschungsförderung in Ostdeutschland.

"Deutschland lebt von dem, was in den Köpfen der Menschen entsteht", sagte die Ministerin. Kinder müssten so früh wie möglich gefördert und alle Jugendlichen eine Ausbildung erhalten. Zudem solle die Zahl der Studienanfänger weiter steigen sowie die Ausbildung

des wissenschaftlichen Nachwuchses international wettbewerbsfähig werden. Das Bildungs- und Forschungssystem werde moderner, leistungsfähiger und durchlässiger. "Deutschland wird innerhalb von zehn Jahren zu den fünf führenden Bildungsnationen gehören." (Ein großes Ziel!!) Dabei sollen Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft endlich auch gleiche Chancen bekommen.

Als erste Schritte auf dem Weg zu einer durchgreifenden Bildungsreform kündigte Bulmahn für das kommende Jahr einen Gipfel für Bildung und Betreuung mit allen Beteiligten an. Mit den von der Bundesregierung bereitgestellten vier Milliarden Euro werde mit dem Aufbau zusätzlicher Ganztagschulen mit eigenem pädagogischen Profil begonnen. Gemeinsam mit den Ländern werden in den kommenden Monaten nationale Bildungsstandards geschaffen und eine unabhängige Evaluationsagentur zu deren Überprüfung eingerichtet. In der beruflichen Bildung kündigte Bulmahn unter anderem die umfassende Novellierung des Berufsbildungsrechtes an. Gleichzeitig werde die Qualität der beruflichen Weiterbildung gesichert und in Modulen aufgebaut.

Für die akademische Ausbildung schlug Bulmahn den Ländern einen "Pakt für die Hochschulen" vor. Damit sollten unter anderem die Studienbedingungen verbessert und eigenständige Profile der Hochschulen aufgebaut werden. Dafür müssten sie in einem vergleichenden Ranking die Forschungs- und Lehrleistung beweisen. Bessere Studienbedingungen verkürzten auch die Studienzzeit, sagte die Ministerin. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hochschulen und Forschungseinrichtungen will sie sich für einen Wissenschaftstarifvertrag mit modernen tariflichen Regelungen einsetzen.

Bulmahn kündigte außerdem ein Rahmenkonzept "Innovation durch neue Technologien: Forschung stärken - Arbeitsplätze schaffen" an. Die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Forschungsförderung werde dabei konsequent weiter ausgebaut, sagte die Ministerin. Das gelte auch für die Förderung Ostdeutschlands. "Es kommt jetzt darauf an, dass wir in Deutschland die hohe Qualifikation, Kreativität und Leistungsbereit-

schaft der Menschen in Innovationen und wirtschaftliches Wachstum umsetzen."

## **8. zbb: Multimediale Lernprogramme aktuell**

„Logistik im Einzelhandel“ und „Verkaufstraining im Textilhandel“ sind zwei der besonders innovativen und gelungenen multimedialen Lernprogramme, die die Zentralstelle für Berufsbildung im Einzelhandel (zbb) in den letzten Jahren entwickelt und veröffentlicht hat. Jetzt konnte eine Anpassung dieser Lernprogramme an die Betriebssysteme Windows 2000 und XP erfolgen und eine Neuversion aufgelegt werden. Ab Januar 2003 sind beide Lernprogramme bei der zbb erhältlich.

### **Logistik im Einzelhandel:**

Die Logistikthemen werden anhand realer Betriebssituationen sowohl im Einzelhandels- wie auch im Großhandelsbetrieb behandelt. Als Einstieg werden die logistischen Abläufe per Video mit Erläuterungen durch die Mitarbeiter in den Betrieben dargestellt. Auf der Basis realer Warenwirtschaftsdaten kann das komplexe Zusammenwirken logistischer Prozesse per Simulation miterlebt und nachvollzogen werden. Die Gesamtproblematik der Logistik wird in 25 Einzelkapiteln dargestellt.

### **Verkaufstraining im Textilhandel**

Das Lernprogramm hat den Anspruch, Schlüsselqualifikationen wie situative Kompetenz durch kommunikative Fähigkeiten zu vermitteln. Es will Verkäuferinnen und Verkäufer motivieren, ihren Umgang mit Kunden kritisch zu hinterfragen und ihr Verhaltensspektrum zu verändern bzw. zu erweitern. Das Programm ist als virtuelles Gebäude konzipiert. In den verschiedenen Räumen – Videoraum, Seminarraum, Fitnessraum und Bibliothek - können sich die Mitarbeiter in ihrem eigenen Lerntempo bewegen und die Auswirkung ihrer Entscheidungen auf den Verlauf der Verkaufsgespräche multimedial miterleben.

Weitere Informationen zu diesen Lernprogrammen, deren Einsatz in der Bildungspraxis des Einzelhandels uneingeschränkt empfohlen werden kann, bei:

Zentralstelle für Berufsbildung im Einzelhandel e.V., Mehringdamm 48, 10961 Berlin  
Fon: 030 / 78 09 77 3

Fax: 030 / 78 09 77 50

Mail: [info@zbb.de](mailto:info@zbb.de), Web: [www.zbb.de](http://www.zbb.de)

## 9. Kleine BBiG-Novelle in Kraft

Die Berufsausbildungsvorbereitung wurde jetzt im Rahmen der Umsetzung der sog. Hartz-Gesetze zum 01.01.2003 in das Berufsbildungsgesetz (BBiG) eingeführt. Damit haben, so die Hoffnung auch der Bundesbildungsministerin, Jugendliche und junge Erwachsene, die aus unterschiedlichen Gründen für eine reguläre Berufsausbildung noch nicht in Frage kommen, jetzt bessere Chancen, eine Ausbildung aufnehmen zu können.

Edelgard Bulmahn erklärte: "Damit setzt die Bundesregierung ihr Engagement zur Förderung benachteiligter junger Menschen konsequent fort. Die Berufsausbildungsvorbereitung dient damit dem erklärten Ziel, jedem Jugendlichen eine klare Perspektive für Ausbildung und Beschäftigung zu eröffnen. Ich appelliere an die Verantwortlichen bei Bildungsträgern, Betrieben, Kammern, Schulen und Arbeitsämtern die neuen Möglichkeiten im Interesse der jungen Menschen aktiv aufzugreifen und umzusetzen."

Vorrangiges Ziel sei es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Schritt für Schritt an eine Ausbildung heranzuführen, ihre Schwächen auszugleichen und ihre Stärken zu fördern. Neue Strukturen, wie die Einführung von Qualifizierungsbausteinen, sollen dabei nach Angaben Bulmahns, eine verbesserte Transparenz und Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen bei der Bewerbung um ein Auszubildungsverhältnis sicherstellen.

Qualifizierungsbausteine beinhalten Teilqualifikationen, die aus den Ausbildungsordnungen anerkannter Ausbildungsberufe entwickelt werden und nach einem einheitlich vorgegebenem Muster bescheinigt werden müssen. Die neuen Regelungen können damit auch die Anrechnung der Qualifikationen auf eine anschließende Berufsausbildung erleichtern.

Auch Betriebe können jetzt Berufsausbildungsvorbereitung in eigener Verantwortung anbieten. Betriebe können mit Teilnehmern an der Berufsausbildungsvorbereitung Qualifizierungsverträge abschließen, in deren Rahmen betriebliche Kenntnisse und Fertigkeiten ver-

mittelt werden. Aus Sicht der BDH ist ein Hemmnis die analoge Anwendung des § 19 BBiG auf solche Qualifizierungsverträge. Denn damit verbunden ist u.a. die Pflicht zur Freistellung für den Berufsschulunterricht, obwohl absolut unklar ist, in welche Fachklasse mit welchen Lerninhalten die Jugendlichen für welchen Zeitraum jeweils eingeschult werden sollen. Hier hätte man sich schon eine Öffnung für einen Ersatzunterricht gewünscht, der den Teilnehmern besser weiterhelfen kann als der übliche Berufsschulunterricht.

Vorteil ist allerdings, dass die Teilnehmer frühzeitig in die betriebliche Praxis eingebunden werden; die Tätigkeit in der beruflichen Wirklichkeit dürfte zusätzliche Motivation schaffen.

"Nach unseren Programmen zur beruflichen Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf setzen wir mit der Integration der Berufsausbildungsvorbereitung in das Berufsbildungsgesetz ein weiteres wichtiges Signal, um allen jungen Menschen den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu ebnen", sagte Bulmahn.

Es fehlen seitens der Ministerin allerdings ebenso klare Aussagen zur Umsetzung der Forderung des Koalitionsvertrages zur Einführung differenzierter, modularer zweijähriger Ausbildungsberufe. Auch im bildungspolitischen Konzept des BMBF für diese Legislaturperiode finden sich hierzu keine Aussagen. Hier muss nachgebessert werden, damit endlich ein wirksamerer Beitrag zur Verringerung des zu hohen Anteils der Jugendlichen geleistet werden kann, der ohne Ausbildungsabschluss auf den Arbeitsmarkt gelangt. Die im Rahmen der EU für 2010 gesetzten Zielmarken (siehe Ziffer 4.) zwingen jedenfalls auch die Bundesrepublik zu deutlich mehr Anstrengungen in diesem zentralen gesellschaftspolitischen Problemfeld.

## 10. Professionelles E-Recruiting

Das Internet ist auf dem besten Wege, die Personalbeschaffung in Unternehmen grundlegend zu verändern: Immer mehr Unternehmen suchen über ihre eigenen Homepages oder über professionelle Job-Börsen im Internet neue Mitarbeiter. Sicher werden die traditionellen Instrumente der Personalbeschaffung

nicht ersatzlos abgelöst; E-Recruiting wird aber immer mehr auch zum Normalfall.

Christoph Beck beginnt sein Buch mit einer Betrachtung der Virtualisierungspotentiale der Personalmanagement-Funktionen; anschließend stellt er die traditionelle Personalbeschaffung dem E-Recruiting gegenüber, um daraufhin Job-Börsen als Möglichkeit des E-Recruiting in ihrer Funktionalität und Leistungsfähigkeit zu analysieren. Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit neuen Instrumenten der Personalbeschaffung, z. B. Bewerbungs-Controlling, Workflow- oder Response-Management. Es folgen ausführliche Erläuterungen zur Bedeutung, Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit einer unternehmenseigenen bzw. einer HRM-Homepage. Interessant sind auch die Darstellungen zu Teilgebieten des E-Recruiting wie Online-Spiele oder die digitale Darstellung von Traineeprogrammen oder Zeitarbeitsfirmen. Wie die meisten anderen Fachbücher schließt auch dieses mit einem Ausblick in die Zukunft (des E-Recruiting) ab: Digitales Evangelium oder die Apokalypse? Lautet die provokative Abschlussfrage dieses zukunftsweisenden Werkes.

*Christoph Beck: Professionelles E-Recruitment – Strategien, Instrumente, Beispiele, ISBN 3-472-04958-8, 278 Seiten, Luchterhand Verlag, Neuwied 2002, 39,00 Euro.*

## 11. Fremdsprachen in der Berufsbildung im Aufwind

Über 15.000 Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen haben im Schuljahr 2001/2002 eine freiwillige Prüfung zur Zertifizierung ihrer berufsbezogenen Fremdsprachenkenntnisse abgelegt. Mit dieser Zusatzprüfung verbessern sie ihre Chancen auf einem sich zunehmend auf ganz Europa ausbreitenden Arbeitsmarkt. Wie das Sekretariat der Kultusministerkonferenz in Bonn mitteilte, bezogen sich die meisten Prüfungen auf die Fremdsprache Englisch. Ein Fremdsprachenzertifikat kann aber auch in Spanisch, Französisch oder Niederländisch abgelegt werden.

Die Prüfungen orientieren sich am europäischen Referenzrahmen für Fremdsprachenlernen des Europarates. Sie werden je nach Beruf bzw. Berufsbereich in drei Schwierigkeitsgraden angeboten. So steht in der Gast-

ronomie die mündliche Kommunikation im Vordergrund. In der Informationstechnologie ist dagegen die Nutzung schriftlicher fremdsprachlicher Quellen wichtiger.

Die Prüfungsteilnahme ist freiwillig. Jede Zertifikatsprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Beide Teile müssen unabhängig voneinander bestanden werden.

Insbesondere international agierende Firmen begrüßen die Durchführung der Zertifikatsprüfungen an beruflichen Schulen und ermuntern ihre Auszubildenden zur Teilnahme. Die Vorbereitung auf die Prüfung geschieht in der Regel im berufsbezogenen Fremdsprachenunterricht in den beruflichen Schulen.

## 12. Mitbestimmung bei Bildungsurlaub

Bundesarbeitsgericht 1. Senat Beschluß vom 28. Mai 2002 (-1 ABR 37/01 -):

Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 5 BetrVG erstreckt sich auch auf die Gewährung von sog. Bildungsurlaub nach den Weiterbildungsgesetzen der Länder. Es betrifft auch insoweit lediglich die Aufstellung allgemeiner Freistellungsgrundsätze und eines Freistellungsplans und ggf. die Festsetzung der zeitlichen Lage der Arbeitsfreistellung im Einzelfall.

Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 5 BetrVG betrifft nicht nur den Erholungsurlaub nach § 1 BUrIG, sondern auch die Gewährung von sog. Bildungsurlaub nach landesrechtlichen Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzen.

Die Einigungsstelle überschreitet die Grenzen des Mitbestimmungsrechts aus § 87 Abs. 1 Nr. 5 BetrVG, wenn sie nicht nur allgemeine Richtlinien über die Gewährung von Bildungsurlaub aufstellt, sondern auch Regelungen über seine Dauer, den Kreis der Anspruchsberechtigten und sonstige Anspruchsvoraussetzungen trifft.

Eine die Mitbestimmung ausschließende gesetzliche Regelung im Sinne des § 87 Abs. 1 Einleitungssatz BetrVG liegt auch dann vor, wenn von ihr nur zu Ungunsten der Arbeitnehmer nicht abgewichen werden kann.

### 13. Die Grünen: Reformjahr 2003

Vier Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen (Anna Lührman, Grietje Bettin, Christine Scheel, Thea Dückert) haben sich Ende 2002 gründliche Gedanken zum Reformbedarf im Sozialstaat und auch im Bereich der beruflichen Bildung gemacht, die mit folgenden Zielsetzungen modernisiert werden soll:

„Am Zugang zu Bildung entscheidet sich soziale Teilhabe: Zugang zum Arbeitsmarkt und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft. Gut qualifizierte Menschen bilden die Grundlage für erfolgreiches wirtschaftliche Wachstum. Ebenso gelingt es nur einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, langfristig die Zahl der Erwerbstätigen zu erhöhen. Der Schlüssel zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ist Bildung. Wie werden den Paradigmenwechsel weg von starren Bildungszeiten und hin zum Lebensbegleitenden Lernen gestalten.“

In aufeinander abgestimmten Schritten müssen die Zeiten der Erstausbildung gestrafft, die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungswegen offen gestaltet und eine gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen auf der europäischen Ebene umgesetzt werden. Konkret werden wir die berufliche Bildung modularisieren, ohne die qualitativen Anforderungen zu senken. Statt detaillistischer Ausbildungsordnungen benötigen wir Bildungsbausteine, die sich auf ein Berufsfeld fokussieren. Ausbildungsmodule der beruflichen Bildung müssen den Zugang zu Hochschulen bundesweit ermöglichen. Schließlich müssen die Hochschulen zu Zentren der Weiterbildung ausgebaut werden, um der Akademisierung der Arbeitswelt gerecht zu werden.

Wir brauchen aber nicht nur bessere rechtliche Rahmenbedingungen, sondern auch einen kulturellen Wandel. Bildung ist nicht das Privileg der Jugend. Für Jeden und Jede gibt es eine zweite, dritte und vierte Chance. Nur so kann es gelingen, Lebenschancen gerecht zu verteilen, ohne sie einseitig an die soziale Herkunft zu koppeln. Den Grundstein für ein in diesem Sinne offenes Bildungssystem legt ei-

ne Schule, die nicht selektiert, sondern individuell fördert.“

(Quelle: [www.theadueckert.de](http://www.theadueckert.de))

### 13. Termine

#### 04. bis 07. Februar 2003

Learntec, Ort: Karlsruhe, Infos: [www.learntec.de](http://www.learntec.de)

#### 11. bis 12. Februar 2003

Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung – Fachtagung von Bundesinstitut für Berufsbildung und Deutscher Bundesstiftung Umwelt, Ort: Zentrum für Umweltkommunikation in Osnabrück, Infos: [www.bibb.de](http://www.bibb.de)

#### 19. und 20. Februar 2003

Personal im 21. Jahrhundert – 9. Handelsblatt Jahrestagung „Strategien und Konzepte für ein innovatives Personalmanagement“, Ort: München Airport Hotel Marriott, Infos unter <http://vhb.handelsblatt.com/personal>.

#### 31.03. bis 04.04.2003

Bildungsmesse 2003 in Nürnberg, Infos: [www.didacta.de](http://www.didacta.de)

#### 26. bis 28. Mai 2003

Modernisierung der Berufsbildung in Deutschland – Hilft Benchmarking weiter?, Studiengespräch des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Haus Lämmerbuckel (Bildungshaus von DaimlerChrysler), Infos bei: Dr. Reinhard Zedler, IW, Tel: 0221/4981-715, e-mail: [sager@iwkoeln.de](mailto:sager@iwkoeln.de).

